

2. Staatliche Industriebeteiligungen, Budget und Soziales

Hermann Kepplinger

Referent für Wohnbauförderung in der Oö. Landesregierung

Bevor ich zum Sozialstaat einige Ausführungen machen werde, möchte ich doch daran anschließen, was Hans Moser zum Thema Merger-Mania in Österreich gesagt hat. Was immer jetzt bei der Fusion oder Kooperation herauskommen wird, ist offenbar unter Billigung der Regierung von OMV und Verbund von langer Hand auf die Schiene gebracht worden. Unsere Position dazu ist die – ich sage das jetzt auch als Funktionsträger der SPÖ in Oberösterreich –, dass die öffentliche Hand oder die öffentliche Hand in Kombination mit MitarbeiterInnenbeteiligungen bei strategisch wichtigen **Industrie**unternehmen eine Sperrminorität halten soll, um hintanzuhalten, dass Entscheidungen getroffen werden, die sich letztlich für eine Region, für ein Bundesland oder für eine Stadt negativ auswirken.

Wie Hans Moser bin auch ich der Meinung, dass wir dafür einstehen sollen, dass das öffentliche Eigentum an **Versorgungsbetrieben** erhalten bleibt. Man muss ganz klar sehen, dass eine Sperrminorität, also der Besitz von 25 Prozent plus 1 Aktie, nach dem Gesellschaftsrecht ja nur Kontroll- und Vetorechte ermöglicht. Man kann bestimmte wichtige Entscheidungen wie die Verlagerung von Firmenteilen, das Zusperrern von Teilbetrieben etc. mehr oder weniger gut durch eine Sperrminorität verhindern. Man hat aber keine Möglichkeit, operativ Einfluss zu nehmen auf die Unternehmertätigkeit, auf Preissetzung etc., und das ist doch gerade bei Versorgungsbetrieben die entscheidende Frage und daher meine Position: Beibehaltung der Mehrheit.

Der Verbund ist der größte Stromkonzern in Österreich, er besitzt beispielsweise alle Donaukraftwerke und das hochrangige Leitungsnetz, ist daher ein klassischer Versorgungsbe-

trieb. Ich bin dafür, dass die öffentliche Hand die Mehrheit behält und dass wir als SozialdemokratInnen im Parlament verhindern, dass mit dieser Fusion das Zweite Verstaatlichungsgesetz ausgehebelt wird. Das Zweite Verstaatlichungsgesetz besagt ja, dass die Mehrheit am Verbund oder an Elektrizitätsversorgungsunternehmen nur mit einer qualifizierten Mehrheit, mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit, aufgehoben werden kann. Das kann nach den derzeitigen Kräfteverhältnissen im Nationalrat durch die SPÖ verhindert werden, und ich trete ganz leidenschaftlich dafür ein, dass das gemacht wird.

Nun ein paar Worte zum Sozialstaat, denn ich glaube, dass der Sozialstaat ein Merkmal – schlichtweg **das** Merkmal – einer solidarischen Wirtschaftspolitik ist. Der österreichische Sozialwissenschaftler Emmerich Tálos hat vor einem Jahr ein Buch mit dem Titel „Vom Siegeszug zum Rückzug“ herausgegeben. Dieser Titel drückt sehr klar aus, was passiert ist. Tálos hat dieses Buch im Jahr 2005 herausgebracht, 50 Jahre, nachdem durch die Zusammenführung von Krankenversicherung, Unfallversicherung und Pensionsversicherung das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz (ASVG) geschaffen worden ist. Dieses ASVG war und ist das Fundament des Sozialstaates in Österreich.

Dieser Sozialstaat ist dem Neoliberalismus ein Dorn im Auge. Man muss zugeben, dass der Rückzug, von dem Emmerich Tálos spricht und den er in seinem Buch sehr akribisch dokumentiert, schon vor der schwarz-blauen Wende begonnen hat, aber mit diesem Zeitpunkt ist der Rückzug des österreichischen Sozialstaates erst wirklich markant geworden. Denn es geht seither darum, den Sozialstaat in einen Sozialhilfestaat umzubauen. Das ist gleichsam das Konzept des Neoliberalismus; es geht eben um die Umgewichtung des Sozialen im Staatswesen.

Das ideologische Fundament ist der Freiheitsbegriff im Hayek'schen Sinn. Er fußt auf Individualismus, auf einer

individuellen Freiheit, die in einer Freiheit von Zwang und Bevormundung besteht und daher natürlich mit der Forderung nach einem Rückzug des Staates verbunden wird. Der Freiheitsbegriff des Neoliberalismus ist ein rein formaler. Er „übersieht“, dass Freiheit auch persönliche Entfaltung und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben bedeutet und dass diese Freiheit nur dann gelebt werden kann, wenn sie auf einem gesicherten ökonomischen Fundament abgestützt ist. Das ist, so meine ich, der entscheidende Punkt, den der Neoliberalismus ausblendet.

Wird der Sozialstaat in diesem materiellen Sinn zurückgedrängt, dann passieren zwei Dinge, die für eine gedeihliche Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft sehr negativ zu beurteilen sind. Zum einen bedeutet das Zurückschneiden des Sozialstaates, dass Menschen in ihrer Zukunftsperspektive verunsichert und destabilisiert werden; Verunsicherung und Destabilisierung bedeuten allerdings Enthaltensamkeit beim Konsum. Wir beobachten und können statistisch nachvollziehen, dass die Sparquoten der privaten Haushalte stark gestiegen sind. Wenn darüber hinaus auch die öffentlichen Hände sparen, also die Ersparnisse der privaten Haushalte keiner volkswirtschaftlich sinnvollen Verwendung zugeführt werden, das heißt, wenn die Ersparnisse nicht in Investitionen transformiert werden, dann bekommt die Konjunktur keine positiven Impulse, und eine stagnative Wirtschaftsentwicklung ist die Folge.

Man darf auch nicht übersehen, dass die Zerschlagung des Sozialstaates auch zu einer Polarisierung in der Gesellschaft führt und dass diese Polarisierung dann alle möglichen Formen von sozialen Konflikten hervorrufen kann, die einer gedeihlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung zuwiderlaufen. Das kann auch einen erheblichen Verlust an volkswirtschaftlicher Produktivität nach sich ziehen.

Die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse und das Anwachs-

sen der „working poor“ erzeugen gesellschaftliche Spannungen und erfordern auf der einen Seite der Medaille einen starken, lückenlosen und gerechten Sozialstaat. Auf der anderen Seite der Medaille sollen sich die Gewerkschaften nicht nur um Menschen mit regelhaften Dienstverhältnissen annehmen, sondern es muss auch das Anliegen sein, was sich im Zuge der Prekarisierung alles abspielt: freie Dienstverträge, atypische Dienstverhältnisse, Scheinselbstständige etc. Dieses ganz breite Spektrum ist besonders auch von der Gewerkschaftsbewegung als Problem zu erkennen, um das sie sich bestmöglich annehmen muss. Das wird auch versucht, aber es ist halt immer eine machtpolitische Frage, ob die Arbeitsverhältnisse in bessere Bahnen gelenkt werden können. Die Intention des Neoliberalismus ist es, eine Machtverschiebung zuungunsten der Gewerkschaften herbeizuführen. In dieser Hinsicht hat der Neoliberalismus in den letzten Jahren auch in Österreich beachtliche Erfolge zu verzeichnen.

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
Gruberstraße 40-42, A-4020 Linz
Tel. ++43/732/66 92 73
Fax ++43/732/66 92 73-28 89
E-Mail: wiso@akooe.at
Internet: www.isw-linz.at